



Alexander Bonde
Mitglied des Deutschen
Bundestages



Priska Hinz
Mitglied des Deutschen
Bundestages



Sven-Christian Kindler
Mitglied des Deutschen
Bundestages



Stephan Kühn
Mitglied des Deutschen
Bundestages

**Vorabkomentierung zum Regierungsentwurf
des Haushalts 2011 und der Finanzplanung bis 2014
05. Juli 2010**

Der Regierungsentwurf steht unter dem Eindruck einer sich deutlich positiver als erwartet entwickelnden Konjunktur. Bereits die aktuellen Daten des laufenden Haushalts 2010 unterstreichen dies. So wird die erforderliche Nettokreditaufnahme in 2010 bei rund 65,2 Mrd. € liegen. Mit Beschluss des Haushalts im März waren noch 80,2 Mrd. € kalkuliert. Damit verringert sich auch das strukturelle Defizit (konjunkturunabhängiges Defizit) von 65,2 Mrd. € auf 53,2 Mrd. €. Dieser Betrag ist deshalb von solch großem Interesse, weil sich hieraus die Konsolidierungsschritte im Rahmen der Schuldenbremse bis 2016 ergeben. In gleichförmigen Schritten ist bis 2016 das strukturelle Defizit auf 0,35% des BIP zu reduzieren.

Die positive und sich des Erfolgs preisende eigene Darstellung der Bundesregierung ist nur beim ersten Blick auf die Oberfläche berechtigt, kratzt man an der hauchdünnen medialen Sprühschicht, treten die nach wie vor riesigen Haushaltslöcher und die extreme soziale Schieflage in den Fokus.

Eckdaten des Haushalts 2011 und der Finanzplanung bis 2014 in Mrd. €					
	2010*	2011	2012	2013	2014
Ausgaben	319,5	307,4	301	301,5	301,1
Steuereinnahmen	211,9	221,8	232,8	241,8	250,3
sonstige Einnahmen	27,4	28,1	28,1	28,1	26,7
Nettokreditaufnahme	65,2	57,5	40,1	31,6	24,1
strukturelles Defizit	53,2	45,8	39	32,1	25,1
in % BIP	2,2	1,9	1,6	1,3	1

* Solldaten HH 2010, NKA und strukturelles Defizit voraussichtliches IST

Rekorddefizit und unverantwortliche soziale Schieflage

Trotz Absenkung des laufenden Defizits in 2010, weitgehend begründet durch geringere Kosten auf dem Arbeitsmarkt in Höhe von 10 Mrd. € und Einnahmen aus der UMTS-Versteigerung von 4 Mrd. €, ist immer noch eine Rekordverschuldung zu beklagen. In den **Jahren 2010 bis 2014 wird die Regierung 218,5 Mrd. € neue Schulden machen**. Der Regierungsentwurf hält zwar formal die Vorgaben der Schuldenbremse ein, allerdings sind diese Konsolidierungen erst zu zwei Drittel durch das Sparpaket erfüllt. Und dieses auch noch mit einer Globalem Minderausgabe von 5,6 Mrd. € in 2014, Buchungstricks wie der Bahndividende und extremer sozialer Schieflage.

Ohne das Wachstumsbeschleunigungsgesetz (u.a. Hotelförderung) wäre die Konsolidierung deutlich weiter. Die vorliegenden Daten machen deutlich: Auf dem Rücken sozial Schwachen im Sparpaket finanziert die FDP ihre Klientelpolitik.

Die von schwarz-gelb beschlossenen Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen lassen ein riesiges Potenzial ungenutzt gleichzeitig einen Beitrag zum Schutz der Umwelt und der Sanierung des Haushalts zu leisten. Das Umweltbundesamt hat den Umfang umweltschädlicher Subventionen auf jährlich mindestens 48 Milliarden Euro geschätzt. Die mageren Sparbeschlüsse der Bundesregierung zur ökologische Neujustierung der öffentlichen Finanzen und dem konsequenten Subventionsabbau im Umfang von 2,5 Mrd. € bleiben weit hinter den tatsächlichen Möglichkeiten zurück. Die Brennelementesteuer greift mit 2,3 Milliarden € nur einen kleinen Teil der Windfall Profite der Energieerzeuger ab, die durch die geplante Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke entstehen. Statt klarer Konzepte legt sie unausgelegene Vorschläge vor, deren konkrete Ausgestaltung noch viele Fragen aufwirft. Die drei ökologisch relevanten Maßnahmen sind bisher nicht mehr als ein Feigenblatt, das dem schwarz-gelben Sparpaket einen grünen Anstrich geben soll.

Schwarz-gelber Finanzplanungs-Voodoo

Mit der jetzt vorgelegten Finanzplanung kann die Bundesregierung die grundgesetzlichen Vorgaben der Schuldenbremse zwar einhalten, aber dies nur auf dem Papier. Schwarz-gelbes Papier ist sehr geduldig, wie man vom Koalitionsvertrag weiß. Wesentliche Vorhaben aus dem Sparpaket der Bundesregierung, das schon ab 2011 greifen soll, sind noch in keiner Weise konkretisiert und lediglich Wunschdenken. Einsparungen im Verwaltungsbereich von über 13,4 Milliarden Euro sind vorgesehen, aber kein Mensch weiß wo. Dasselbe gilt für vier Milliarden Euro aus der Reform der Streitkräfte. Konkret ist nur die Belastung der Schwächsten: Diese werden mit 32,3 Milliarden Euro belastet. Damit müssen die schwächsten Schultern den größten Anteil tragen.

Auch hier wieder verzichtet die Bundesregierung nicht auf Buchungstricks und Verschiebungen. So wie die Bahndividende von 2 Milliarden Euro eine Luftbuchung ist, so ist die Streichung des Rentenbeitrages für Arbeitslosengeld-II-Empfänger nur eine Kostenverlagerung auf die Grundsicherungsträger, die Kommunen. Nicht zuletzt die globale Minderausgabe in Höhe von 4,8 Milliarden Euro macht diesen Entwurf zu einem Ausweis unverantwortlicher Haushalts- und Finanzpolitik.

Unlautere Vergleich mit alten Daten

Die Bundesregierung vergleicht die Daten ihres Finanzplans zudem mit denen von Steinbrück aus Sommer 2008 und preist sich ihrer Erfolge der geringeren Neuverschuldung. Dieser Vergleich ist nicht lauter (Steinbrückentwurf auf dem Hochpunkt der Krise nun im Vergleich zum Wiederaufschwung nach der Krise). Außerdem hat sich die Koalition einem neuen Finanzplan in 2009 verweigert. Auch dies erklärt den deutlichen (positiven) Sprung in den Daten.

Der Vergleich zum Finanzplan von Steinbrück ist auch dadurch trügerisch, da die Bundesregierung die Globale Minderausgabe von Steinbrück von 2011 bis 2013 in Höhe von rd. 30 Mrd. € explizit nicht akzeptiert, die damalige prognostizierte Verschuldung ohne diese Globale Minderausgabe mit ihrer aktuellen Planung vergleicht, in ihren Daten selbst aber eine Globale Minderausgabe von rund 5 Mrd. € versteckt hält.